

# FDP-Fraktion im Kreis Warendorf

der Fraktionsvorsitzende: Dr.Klaus P. Strautmann

Haushalterede 14.12.2007

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst einmal möchten wir feststellen, dass sich mit diesem Haushalt, aber auch bereits mit dem vorangegangenen eine Art neuer Stil breit macht. Herr Landrat, Sie gehen derzeit sehr offen und kommunikativ mit den Anfragen und Anträgen zum Haushalt um. Diese Art der Diskussion ist zumindest anders als diejenige Ihres Vorgängers, und wenn ich allein an das Diskussionsklima in einigen Ausschüssen denke, dann ist das ein Stil, den wir uns auch so gewünscht haben.

Wir sollten dabei aber immer im Auge haben, dass sich der Haushalt so positiv entwickelt und die Diskussionen soviel einfacher werden, weil die Kassen deutlich besser gefüllt sind. Bei allen Ansinnen, Anfragen und aufkommenden Begehrlichkeiten ist es genauso wichtig im Auge zu halten, dass die hervorragend laufende Konjunktur auch einmal wieder abreißen kann. Dennoch war es mutig, gegenüber den Bürgermeistern sofort ein Angebot zu machen, welches auch diese zunächst überraschte.

Und die normale Reaktion der Bürgermeister war natürlich, dass sie ob solcher Potenziale zur Senkung der Kreisumlage noch mehr Luft im Haushalt vermuteten. Auch wir sind dieser Argumentation erlegen und haben noch mehr gefordert, ohne allerdings genau zu spezifizieren an welchen Stellen. Hier muss auch ein Stück Selbstkritik her: Wenn wir uns die Liquiditätssituation des Kreises deutlicher vor Augen geführt hätten, dann hätten wir diese „Luftvermutung“ nicht übernommen. Es kann nämlich nicht sein, dass der Kreis permanent mehr als 6 Mio. € Kassenkredite trägt. Aber auch wir müssen noch lernen mit dem neuen Politikstil und auch den neuen transparenteren Darstellungsform im Haushalt umzugehen.

Ein wenig Luft wird auch benötigt, um solche Mehrbelastungen, wie die aus den Kosten der Unterkunft und Heizung mit einer Mehrbelastung von 800 T€, noch schultern zu können. Und wir müssen doch einmal konstatieren:

- a. die Kreisumlage sinkt um einen signifikanten Anteil
- b. Die Schulden des Kreises werden erneut um 1,0 Mio € gesenkt
- c. Es werden tatsächlich – und das ist gut so – Pensionsrückstellungen und – so sieht es der Plan vor – auch Rücklagen gebildet,
- d. Die Anträge zum Haushalt können mit einem Volumen von insgesamt ca. 165 T€ gedeckt werden.
- e. Und es konnten mehr als 4,1 Mio. €, die vom Bund als Erstattung für Ausgaben der Kommunen im Bereich Wohngeld erstattet wurden, an die Städte und Gemeinden weitergereicht werden.

Gerade zu dem letzten Punkt sind wir der Meinung, dass es selbstverständlich ist, diese Erstattungen an die Städte und Gemeinden durchzureichen. Nicht selbstverständlich ist es allerdings, dass dieses in einem Jahr geschieht, in welchem die Kreisumlage um mehr als 4 % sinkt. Hier hätte dem Kreis vor dem Hintergrund seiner Liquiditätssituation es durchaus auch gut getan, noch mehr Gestaltungsspielraum zu nutzen.

Und deshalb möchten wir auch an dieser Stelle unseren dringenden Appell an die Bürgermeister im Kreis Warendorf richten. Nutzen Sie diese Mehreinnahmen nicht als

selbstverständlichen Zufluss von Kreises Gnaden. Nutzen Sie sie als eine außerordentliche Mehreinnahme, die vor allem die Städte und Gemeinden, die es nötig haben, zum Abbau von Schulden einsetzen sollten. Schuldenabbau ist die sicherste Methode für die langfristige Sicherung eines soliden Haushaltes. Auch wenn uns die Schritte diesbezüglich in manchen Kommunen des Kreises noch zu klein sind, so machen wir im Kreise doch vor, wie es geht.

Nun komme ich aus liberaler Sicht zu unserem eigentlichen Hauptthema. Wir haben uns erst gar nicht getraut, einen solchen Antrag zu stellen. Wenn wir sehen, dass die Summe sämtlicher anderen Anträge bei ca. 165 T€ liegt, dann kommen wir uns als kleinste Fraktion schon etwas dreist vor, wenn wir einen Antrag stellen, der eine Tragweite von schätzungsweise ca. 1,4 Mio € lt. Haushaltsplan hat. Genauere Daten lassen sich ja erst nach der laufenden Erhebung feststellen. Und dann freuen wir uns natürlich besonders, wenn dieser so widerspruchlos durchläuft, wobei unser Haushalt eben nicht unendlich viel Luft hat.

Zunächst einmal zum Thema KiBiz selbst. „Neuland bereitet Kopfschmerzen“, schreibt die WN. Und es sind in der Tat einige nicht kalkulier- und planbare Entwicklungen, die auf uns zukommen. Dennoch ist KiBiz richtig, wichtig und stößt in die richtige Richtung. Hier brauchen wir auch nicht noch länger in die Kerbe der verpassten Chancen der Vorgängerregierung in NRW einschlagen. Es ist doch gut, wenn sich heute etwas bewegt.

Wenn wir als Liberale zwar immer behaupten, dass der Staat sich weitestgehend zurücknehmen sollte, dann meinen wir das auch. Nur im Bereich der Bildung und Erziehung haben wir das nie gefordert. Hier stehen wir zum staatlichen Bildungsauftrag. Und was ist heute die Situation: Der Bedarf an Betreuungsplätzen steigt signifikant durch neue Familienmodelle und Lebensformen. 38 % unserer Kinder in NRW stammen aus Zuwanderungsfamilien und bei 25 % der Kinder ist bereits Sprachförderbedarf im frühkindlichen Alter festgestellt worden.

Wenn wir uns dann gegenwärtig über einige Ergebnisse der neuen Pisa-Studie freuen, dann müssen wir aber auch zur Kenntnis nehmen, dass die Studie vor einer erheblichen Spaltung der Gesellschaft in die bildungsnahen und bildungsfernen Gruppen warnt und hier auf das Problem der mangelnden Sprachbildung hinweist. Deshalb ist es unsere Pflicht als Politiker, bereits im frühestmöglichen Stadium kindlicher Entwicklung Angebote zur Verfügung zu stellen, die mehr Chancengleichheit ermöglichen.

Und an dieser Stelle möchte ich auch ganz deutliche Kritik an der Kirche üben. Diese zieht sich immer mehr als Träger von Bildungseinrichtungen zurück. Und das sage ich als Liberaler, der sich ansonsten durchaus auch kritisch mit der Kirche auseinandersetzt. Je mehr sich die Kirche aus solchen familienfördernden und gesellschaftlichen Aufgaben zurückzieht, umso mehr verliert sie Bedeutung in ihrer moralpolitischen und ethischen Verankerung innerhalb der Gesellschaft und umso mehr verliert diese an Bedeutung als Werteträger. Das muss sich die Kirche ganz besonders auch im ländlichen Raum sagen lassen und da nützen keine hochgeistigen und superintellektuellen Auseinandersetzungen besonderer Würdenträger.

Zurück zum KiBiz: Wenn sich die Kirche hier ihrer Verantwortung entzieht, dann muss eben die Politik her. Auch wir als Politiker müssen uns vergegenwärtigen, dass wir Nachwuchs hier im Kreise benötigen und Menschen den Mut geben müssen, Kinder in die Welt zu setzen, die dann auch später ihr Leben **hier** gestalten können. Das lässt sich vor dem Hintergrund der schleichenden Urbanisierung zwar nicht vollständig realisieren. Aber gerade hier müssen wir ansetzen. Hinsichtlich der Fortpflanzung sind wir hier im Kreis Warendorf lt. einer Prognos- Studie gar nicht so schlecht. Die Fertilitätsrate im Kreis Warendorf beträgt immerhin 1,52, was bundesdeutsch Rang 26 beschreibt. Das ist vielleicht die gute Warendorfer Luft. Allerdings laufen uns die Menschen, wenn sie älter werden davon. Ein

Faktor, um es aber Familien attraktiver zu machen, im Kreis Warendorf zu bleiben ist das Bildungsangebot. Und dieses muss breit aufgestellt sein.

Dabei muss unsere Bildungs- und Erziehungsarbeit gerade im frühkindlichen Bereich die Sprachförderung in den Vordergrund rücken, damit wir mehr Chancengleichheit haben. Sie muss das Betreuungsspektrum ausdehnen und sie muss dieses im Konsens mit allen Trägern schaffen. Und das sieht KiBiz vor. Der Kindergarten muss sich noch stärker zum eigenständigen Ort frühkindlicher Bildungsarbeit mit durchaus individuellen Ansätzen entwickeln können. Sprachförderung wird eine Regelaufgabe der KiTas. Allein für die Sprachförderung sind im Ansatz 2008 für NRW 28 Mio. € vorgesehen. Und das ist gut so!

Und natürlich verbinden sich Risiken mit der Einführung eines solchen Gesetzes in einer solchen Region, wie dem Kreis Warendorf. Und dann können wir alle froh, glücklich und dankbar darüber sein, dass wir es schaffen, die Risiken zunächst so zu schultern, dass unsere Bürgerinnen und Bürger nichts von den Veränderungen merken.

An dieser Stelle gebührt zunächst einmal ein großer Dank der Verwaltung: Sie hat sich in vielen Gesprächen mit den Bürgermeistern dafür eingesetzt, dass die Finanzierung der Mehrbelastung in Höhe von 1,4 Mio. € über die Jugendamtsumlage gedeckt werden kann. Wenn wir uns die ersten Reaktionen auf unseren Antrag seinerzeit zunächst aus Warendorf und dann auch von Herrn Hoffstädt vergegenwärtigen, dann muss man einfach ein hohes Maß an Verhandlungsgeschick anerkennen.

Und hier möchten wir ganz besonders Ihnen, Herr Landrat, unsere Anerkennung aussprechen. Sie haben erneut gezeigt, dass Sie Ihren Ankündigungen auch Taten folgen lassen. Sie haben in Ihrem Wahlkampf gesagt, dass der Kreis familienfreundlicher werden soll. Hier haben wir noch eine Menge zu tun. Lt. Prognose ist der Kreis hinsichtlich Vereinbarkeit von Familie und Beruf, hinsichtlich der Wohnsituation, beim Arbeitsmarkt und in der Bildung im bundesdeutschen Vergleich nur im unteren Bereich zu finden. Hier haben wir also noch eine ganze Menge Aufgaben vor uns. Dieser Haushalt zeigt aber neben der nicht durchgeführten Erhöhung der Elternbeiträge eine Vielzahl auch von weiteren Anträgen, die gerade in diese Richtung weisen. Ihre Politik, Herr Landrat, stößt hier in die richtige Richtung und wird von allen Parteien, wie die Beratungen zeigten, gestützt.

Hinsichtlich unseres Antrages, die Elternbeiträge nicht zu erhöhen, möchten wir uns aber auch bei dem Hohen Haus im Kreis Warendorf bedanken. Wir als kleinste Fraktion haben den folgenschwersten Antrag für diesen Haushalt gestellt. Und da die Politik ja das Geschäft mit der Eitelkeit ist haben wir eigentlich erwartet, dass wir kräftig einen auf die Mütze bekommen. Aber hier haben wohl alle gesehen, wie wichtig gerade gegenwärtig unsere gemeinsame Verpflichtung gegenüber den Familien ist, und sich diesem Antrag angeschlossen. Dafür ganz herzlichen Dank an alle Fraktionen.

Und damit bin ich eigentlich schon am Ende meiner Rede, in der Hoffnung nicht zu lange gesprochen zu haben. Drei Themen muss ich noch ansprechen.

1. Es ist Ihnen gelungen im vergangenen Jahr die Neuausrichtung der GfW auf den Weg zu bringen. Nun unterstreichen Sie Ihre Ansätze durch eine Neuordnung der personellen Strukturen. Das alles weist genau in die richtige Richtung und wir erklären klar und deutlich, dass wir Ihren Weg unterstützen. Es muss ein neuer Wind in die GfW und Sie haben schon einmal die Fenster aufgemacht. Wir sagen: Weiter so!

2. Wir haben eine Reduzierung der Jagdsteuer gefordert. Dazu stehen wir! Wir erkennen allerdings auch an, dass es sich nicht gut macht, wenn der Kreis hier einen eigenen Weg in NRW geht. Es ist nicht nur so, dass wir dann zu einem Zuwanderungskreis für Jäger werden könnten. Es geht auch ordnungspolitisch darum, dass die Leitlinien dazu aus Düsseldorf kommen müssen. Dennoch darf auch einmal betont werden, dass die Jäger auch eine

landschaftspflegerische Aufgabe übernehmen und diese leider zu wenig gewürdigt wird. Dieses findet zwar im Rahmen der Landschaftspläne statt. Ordnungspolitisch kritisch ist es aber allemal, dass man für die Übernahme öffentlicher Aufgaben auch noch zur Kasse gebeten wird. Andererseits muss man natürlich auch anerkennen, dass Jäger in der Regel nicht unter der Jagdsteuer leiden und der Kreis zunächst andere Aufgaben hat, die deutlich dringender finanziert werden müssen und wofür er die Jagdsteuer dankend verwenden muss.

3. muss ich auf unser liberales Lieblingsthema zu sprechen kommen. Was sollte es anders sein als die RWE-Aktien! Wir haben dieses Thema ausführlich im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen behandelt. Insofern kann ich gut nachvollziehen, dass Ihnen allen hier das Thema bald zum Halse heraus hängt. Dennoch: Ihre Argumentation war es, Herr Landrat, dass der Kreis sich allein aus strategischen Verpflichtungen ordnungspolitisch nicht aus der RWE zurückziehen kann. Wie wir wissen, sehen das einige Kreise und Städte vollkommen anders. Ihre Argumentation war es aber, dass man gerade wegen der Verdienste der RWE um die Elektrifizierung des ländlichen Raumes die Nähe und den kommunalpolitischen Einfluss auf der Aktionärsversammlung sichern muss. Zumindest habe ich Ihre Argumentation von damals heute noch so im Ohr.

Wenn das so ist, Herr Landrat, dann ist es auch Ihre Pflicht innerhalb der Aktionärsversammlung sich im Sinne der Bürgerinnen und der Bürger im Kreis Warendorf dafür einzusetzen, dass diese nicht das Gefühl haben müssen, von ihrem Energieversorger abgezockt zu werden. Die Energiekosten sind in einem solchen Maß gestiegen, dass man nicht mehr glauben mag, dass das alles wirklich kosteninduziert ist. Hier überfällt einen Liberalen leicht der Schauer, dass der Kreis möglicherweise bei der Preisentwicklung süffisant zuschaut und sich auf die höheren Dividenden freut. Das wäre dann die Ökosteuer Teil II, und die wollen doch auch Sie bestimmt nicht. Insofern werden wir nicht müde, Sie an Ihre Aussagen zu erinnern, Herr Landrat. Bringen Sie Ihr Gewicht in der Aktionärsversammlung ein.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.